

UNI INFO

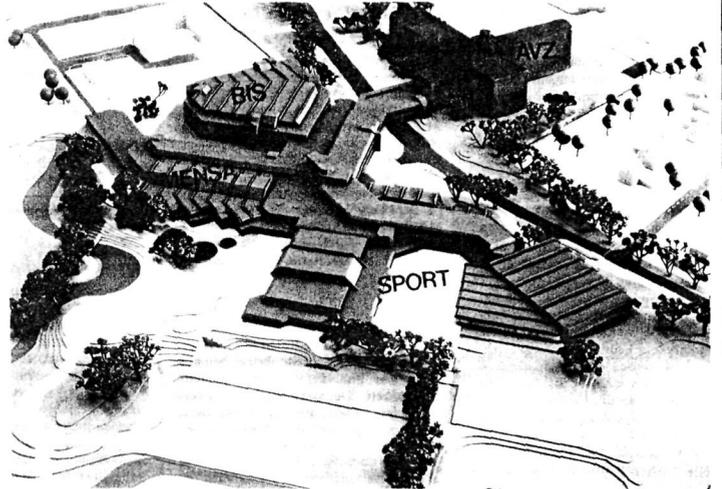
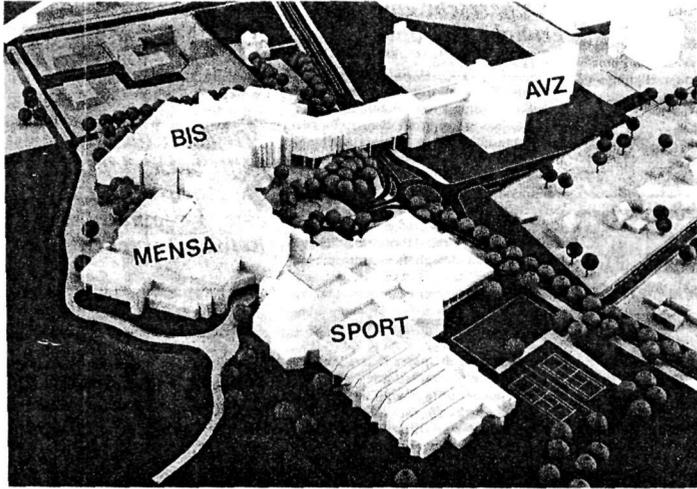
Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex: 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 17051.

12/79
10. Sept.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Im Dezember Grundsteinlegung für Zentralbereich?

Jury wählte zwei Entwürfe aus - 65 Millionen Mark für Zentralbibliothek, Sportanlagen und Mensabereich



Zwei Planungen fanden Zustimmung der Jury: Links der auf Platz 1 gesetzte Entwurf einer Architektengruppe aus Düsseldorf und Oldenburg, rechts der Entwurf einer Bremer Planungsgruppe.

Präsidenschaftswahl

Weißbach geht vor Verwaltungsgericht

Bis Ende September rechnet die noch amtierende Universitätsleitung mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und Klage, die der vom Wissenschaftsminister abgewiesene Präsidentschaftsbewerber Dr. Jürgen Weißbach erhoben hat.

Weißbachs Anwalt Holtfort (Hannover) beantragte in seiner zehnteiligen Klageschrift dem Wissenschaftsministerium aufzugeben, seinen Erlass, in dem Weißbach die Eignung für das Präsidentenamt nicht bescheinigt wird, aufzuheben und eine entsprechende Qualifikation seines Mandanten festzustellen.

In der Begründung heißt es dazu, Weißbach, der seit 1969 im Hochschuldienst tätig ist, und seit 1974 die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) leitet, nehme eine Funktion mit herausgehobener Verantwortung wahr - wie sie im NHG bei Präsidentschaftskandidaten vorgeschrieben war. Die sachliche Bedeutung der Aufgaben gehe weit über eine organisierende und verwaltende Betreuung von Weiterbildungsfunktionen hinaus, da die KWW nicht nur die Vermittlung von Kursen und Dozenten für Weiterbildungseinrichtungen betreibe, sondern eigene wissenschaftliche Initiativ- und Entwicklungsfunktionen wahrnehme. Dementsprechend führe die KWW in beachtlichem Umfang Drittmittelvorhaben durch.

Weißbach selbst erklärte zur Klage, er habe diesen Weg wählen müssen, um den Minister zur Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu zwingen, denn bisher habe das Ministerium weder auf seinen Widerspruch noch auf den der Universität reagiert. Eine rasche Klärung der Streitfrage, die durch das Gericht möglich erscheint, liege auch im Interesse der Uni-

versität, um die Wahl nicht noch weiter hinauszuzögern. Mit der Ablösung der amtierenden Universitätsleitung, die um ihre Entbindung aus den Ämtern gebeten hat, durch einen Staatskommissar ist nicht vor Ende September zu erwarten. Ob einem Hochschulangehörigen dieses zweifellos nicht sehr attraktive Amt angetragen wird, steht nicht fest. Gegenüber der NWZ erklärte der Minister, er wisse nicht, ob diesem Wunsch der Hochschule Rechnung getragen werden könne.

Umzugswelle zu Semesterbeginn

Belegung der Gebäude am Birkenweg und Artillerieweg - Neues Telefonnetz

Zahlreiche Umzüge von Verwaltungseinheiten und Fächern werden zu Beginn des Semesters bei Hochschulangehörigen einige Verwirrung stiften. Wie bereits berichtet, sind von der Universität, weil sie aus den Nähten zu platzen droht, einige Gebäude angemietet worden, die im September und Oktober belegt werden sollen.

Den Anfang der Umzugswelle macht die Personalabteilung, die von der Hauptstraße in den Artillerieweg 25 b ziehen wird und damit wieder näher an die Hochschule rückt. Sie wird voraussichtlich ab 18. September bis Anfang Oktober telefonisch nicht erreichbar sein. In dem gleichen Gebäude werden auch Anfang Oktober die Haushaltsabteilung und die Haus- und Grundstücksverwaltung untergebracht. Die freierwerden Räume der Verwaltungseinheiten im Bauteil C werden die Fächer Musik (1. Stock) und Kunst (2. Stock) übernehmen.

Ende September beginnt auch die Belegung des viergeschossigen Gebäudes am Birkenweg, wo für sam-

Wenn alles gut geht, wird noch im Dezember der Grundstein für den neuen Zentralbereich der Universität gegenüber dem AVZ gelegt. Bis dahin muß sich allerdings das Land Niedersachsen entschieden haben, welcher der zwei Entwürfe, die Ende August von einer Jury aus Vertretern der beteiligten Ministerien (Wissenschaft, Wirtschaft, Finanzen), der Hochschulbaugesellschaft, der Stadt Oldenburg und der Universität ausgewählt worden waren, realisiert werden soll. Sechs Architektengruppen hatten gemeinsam mit Baufirmen einen detaillierten Planungsauftrag für das Projekt erhalten. Die größte Zustimmung fand der Entwurf einer Architektengruppe aus Düsseldorf und Oldenburg, die sich mit Oldenburger Baufirmen und einer Rintelner Gesellschaft zusammenge-

schlossen hat. Dieser Entwurf erfüllt nach Meinung der meisten Jurymitglieder in optimaler Weise die Bedarfsanmeldungen der Universität. Noch mit im Rennen ist der Entwurf einer Planungsgruppe in Bremen, die mit einem Großunternehmen der Branche arbeitet. In den nächsten Wochen wird mit beiden Gruppen um die Kosten verhandelt. Insgesamt stehen für das Projekt laut Hochschulrahmenplan etwa 65 Millionen Mark zur Verfügung. Davon sollen die Bibliothek, die Sportanlagen und die Mensa errichtet werden. Nicht in der Summe enthalten sind die Kosten für die Tiefgarage unter den Neubauten.

Beide Entwürfe sind so angelegt, daß durch eine große Eingangshalle die jeweiligen Bereiche miteinander verbunden sind. In diesem so-

genannten Kommunikationsbereich wird es Info-Stände für Studentengruppen, Geschäfte (u.a. ein Buchladen) sowie einen Lesesaal, Spiel- und Sportecken und eine Cafeteria geben. Außerdem sollen dort der ASiA und das Studentenwerk untergebracht werden. Zum Sportbereich gehören eine große Halle, die dreigeteilt werden kann, ein Schwimmbad, eine offene Mehrzweckhalle, einige Aktionsräume und Freiflächen geben. Vom AVZ aus wird der Zentralbereich direkt zu erreichen sein. Der Uhlhornsweg wird überbaut. Die Architekten versprechen sich davon u.a. eine Abmilderung der Dominanz des AVZ, das sich nicht gerade durch äußerliche Gefälligkeit auszeichnet. Geplante Fertigstellung des Komplexes: Nicht vor 1983.

liche Psychologen, Sonderpädagogen und Sportwissenschaftler persönliche Arbeitsflächen geschaffen werden. Ihnen folgte Ende Oktober aus dem Fachbereich III die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Religionspädagogen und Historiker. Erst danach werden auch die Folgeumzüge aus dem AVZ ins VG und innerhalb dieser beiden Gebäude stattfinden.

Um die zunächst notwendig entstehende Desorientierung unter den Hochschulangehörigen abzumildern, will sich die Organisationsabteilung bemühen, möglichst rasch ein neues Telefon- und Raumverzeichnis herauszubringen. Dies ist auch schon deshalb notwendig, weil voraussichtlich Anfang Oktober ein neues Telefonnetz in Betrieb genommen wird, das die direkte Anwahl der einzelnen Hausapparate von Außen ermöglicht. In dieses Netz sollen dann auch sämtliche Außenstellen der Hochschule integriert werden. Einzige Ausnahme: Das Gebäude an der Bernhardstraße, in dem die

Mathematiker ihre persönlichen Arbeitsflächen haben.

„Verhältnis weiter entspannen“

Der Niedersächsische Justizminister Professor Dr. Schwind hat während seines Besuchs beim DGB-Büro Lohne erklärt, im niedersächsischen Kabinett dazu beitragen zu wollen, das Verhältnis der Landesregierung zur Universität weiter zu entspannen. Er kam damit einer Bitte des Kreisvorsitzenden des DGB Oldenburg, Hubert Bittner, nach.

Öffnung der Hochschulen

Vom 5. bis 7. Dezember veranstalten die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung und die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe für angewandte soziale Gerontologie an der Gesamthochschule Kassel in der Universität Oldenburg ein internationales Symposium zum Thema „Die Öffnung der Universitäten für ältere Erwachsene“.

Raumplaner

Aussichten besser als erwartet

Besser als erwartet sind die Aussichten der Studenten des bisher noch relativ unbekanntem Oldenburger Studienganges Raumplanung. Nach einer ersten Kurzerhebung unter den ersten 34 Absolventen, die die Hochschule als Diplom-Ingenieure verlassen, verfügen elf bereits über eine Festanstellung im öffentlichen Dienst oder bei privaten Büros, fünf über Zeitverträge. Vier weitere Raumplaner sind in der Forschung als wissenschaftliche Mitarbeiter oder Assistenten tätig, sieben haben sich mit nicht bekanntem Erfolg selbstständig gemacht. Ebenfalls sieben sind arbeitslos, davon verfügen allerdings zwei über wissenschaftliche Hilfskraftstellen und einer über eine sogenannte „ABM-Stelle“.

Die Kultusministerkonferenz hat im Juni entsprechend der Empfehlung der „Ständigen Kommission für die Studienreform“ die Einsetzung einer Studienreformkommission „Architektur/Raumplanung/Bauingenieurwesen“ beschlossen.

„Bildungswerbung - planwirtschaftlicher Eingriff“

Rolf Möller, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, vor der Universitätsgesellschaft zur Lage der Universitäten

Im Juli d.J. hielt der neue Staatssekretär im Niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Rolf Möller, vor der Oldenburger Universitätsgesellschaft einen Vortrag zur Lage der Universitäten, in dem er sich u.a. aus konservativer Sicht kritisch mit der Bildungspolitik der vergangenen Jahre auseinandersetzt. Nachfolgend das Referat - leicht gekürzt - im Wortlaut:

Auf den Tag genau, heute vor 14 Tagen, wurde der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst im Landtag nicht nur freundlich darauf angesprochen, daß er bisher für den Ausbau der Hochschulen und ihre Öffnung nicht genug getan habe. Am selben Tage brachte derselbe Minister den Regierungsentwurf eines Gesetzes für die Errichtung einer Gesamthochschule in Lüneburg in den Landtag ein. Wenige Tage später hatte ich die Aufgabe, in Vertretung des Ministers Haushaltsanmeldungen für den verstärkten Ausbau der Hochschulen bei den Haushaltsberatungen im Kabinett zu vertreten; dabei hatte ich, soweit es über die bisherige mittelfristige Finanzplanung hinausging, nur einen außerordentlich schwachen Erfolg. Das hing mit der allgemeinen Finanzlage des Landes und nicht mit einer Unfreundlichkeit gegenüber den Hochschulen zusammen. Am Freitag vergangener Woche schließlich war ich beim Wissenschaftsrat in Berlin und darauf gerüstet, die Kürzungen in der Anmeldung des Landes zum 9. Rahmenplan für den Hochschulsausbau gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, sie seien zu einschneidend. Ich mußte schnell umschalten, denn der Vorwurf war, sie seien nicht umfangreich genug. Der Wissenschaftsrat stellte sich nämlich auf den Standpunkt, daß es doch eine sehr abenteuerliche Reise ins Ungewisse werde, wenn man jetzt noch in großem Umfang Studienplätze in den Naturwissenschaften und in den technischen Fächern schaffe. Bis Ende September sollen nun die Universitäten Osna-brück und Oldenburg im Einvernehmen mit dem Ministerium dem Wissenschaftsrat Vorschläge für die Einführung von Studiengängen unterbreiten, in denen auch nach seiner Überzeugung in künftigen Jahren noch Aussicht auf Zugang von

nämlich die Stärkung des Mittelbaus. Sie schien der Schlüssel zur Lösung aller Probleme zu sein, war aber meines Erachtens der Ansatz für neue. Ich rede natürlich, das muß ich offen bekennen, mit der späten Klugheit der Zeit nach den Ereignissen. Die Vergrößerung der Hoch-

„Die Vergrößerung der Hochschullehrerschaft hat dazu beigetragen, daß die sogenannte Ordinariuniversität zum Einsturz gebracht wurde“

schullehrerschaft mit dem Schwergewicht im Mittelbau hat nach meinem Eindruck wesentlich dazu beigetragen, daß die sogenannte Ordinariuniversität zum Einsturz gebracht worden ist. Denn die Forderung nach Mitbestimmung in den Hochschulen war eine verständliche Folge der Vergrößerung des sogenannten Mittelbaus und damit seines Anteils am Lehrangebot der Hochschulen. Die Forderung nach Mitbestimmung wiederum brachte uns letztlich die Gruppenuniversität, Statusgruppen, in dem alle sogenannten Statusgruppen in der Hochschule mitbestimmen können, wenn auch zum Teil in sehr subtilen Unterscheidungen der Stimmanteile. Wir haben uns daran gewöhnt, diese Entwicklung mit dem Etikett „Demokratisierung“ zu versehen. Ich halte es für ungeeignet, denn einer sachlichen Prüfung hält es kaum stand.

Die Vergrößerung des Mittelbaus hatte eine weitere wichtige Folge, nämlich die Forderung nach und die Erfüllung des Anspruchs auf Veränderung der Personalstruktur nach der Devise: gleiche Leistung verlange gleichen Lohn, gleiche Leistung und gleiche Pflicht verlangten gleichen Status. Es hat in diesem Jahrzehnt eine erhebliche Vergrößerung der Zahl der Lebenszeitprofessuren gegeben. Das ist in meinen Augen sichtbarer Ausdruck der Emanzipation des Mittelbaus, die sich bis dahin augenfällig vor allem darin ausgedrückt hatte, daß an einigen Universitäten Hochschulassistenten zu Universitätspräsidenten gewählt worden waren.

Als ein weiteres Element der Veränderung der Hochschulen ist - auch am stärksten in diesem Jahrzehnt - die sogenannte Regionalisierung hinzugekommen. Die Beobachtung, daß sehr viele Studenten die Hochschule nach der geographischen Nähe wählen, und die Erkenntnis, daß für die Entwicklung von Regionen die Qualität und die Vielfalt der dort angesiedelten Ausbildungsmöglichkeiten von ausschlaggebender Wichtigkeit sind, hat den Ruf nach Neugründungen laut werden lassen. Es hieß nun wirklich Eulen nach Athen tragen, wenn ich in Oldenburg dazu nähere Ausführungen machen wollte. Vorübergehend war die Entwicklung der Hochschulen durch einen Glauben beeinflusst, der jetzt wieder an Bedeutung verloren hat, den Glauben an die Planbarkeit aller Dinge - ein sehr dominierender Faktor zu Anfang der 70er Jahre, als man meine, zuverlässig Bedarf feststellen und Lösungen für den Bedarf finden zu können. Man ist darin sehr viel skeptischer geworden.

„Die Folge der Verrechtlichung sind Uniformität und Verlust der Flexibilität“

Es wäre ein unvollständiges Bild, wenn ich nicht als weiteres wichtiges Element der Veränderung in den Hochschulen die allgemeine Verrechtlichung anführe. Wir beobachten sie in vielen Lebensbereichen. Die Meinungen gehen bei der Interpretation darin auseinander, ob es sich bei der Verrechtlichung um eine Spätfolge der Periode des Unrechts in unserem Lande oder um ein Zeichen einer Art von Wohlstandsübermut handelt. Jedenfalls ist die Neigung in vielen Lebensbereichen groß, vermeintliche oder wirkliche Unrechtsbestände gerichtlich anzugreifen, und das führt wie ein Reflex dazu, daß alles Mögliche rechtlich geordnet sein muß. Dies gilt ganz auffallend für den Hochschulbereich. Ich nenne als Stichworte das

Hochschulrahmengesetz des Bundes und die Anpassung der Hochschulgesetze der Länder an das Hochschulrahmengesetz des Bundes, Kapazitätsverordnung, Zulassungsgesetz, Regellehrverpflichtungsverordnung. Die Hochschulen ächzen unter der Ausarbeitung, die Ministerien unter der Genehmigung aller möglichen Ordnungen. Hochschulverfassungen, Studien- und Prüfungsordnungen, Wahlordnungen, Benutzungsordnungen, Promotionsordnungen und Habilitationsordnungen, Beitragsordnungen. Alles und jedes wird rechtlich geordnet und fixiert, damit man im Falle einer Auseinandersetzung Aussicht behält, sich mit den eigenen Entscheidungen vor dem Verwaltungsgericht zu behaupten. . .

Damit haben wir auf eine Tugend verzichtet, die wir sonst im Lande sorgsam gepflegt haben: nämlich die Gesetze der Freien Marktwirtschaft gelten zu lassen. Ich halte das für einen besonders wichtigen Aspekt. Ich hatte die Bildungswerbung erwähnt. Sie hat sich als ein planwirtschaftlicher Eingriff in ein Bildungssystem des tertiären Bereichs erwiesen, das sich im wesentlichen nach Angebot und Nachfrage reguliert hatte. Im Zuge der Bildungswerbung hat man Familien, Eltern und jungen Leuten vorgegaukelt, daß es das Erstrebenswerte sei,

„Die Bildungswerbung hat sich als ein planwirtschaftlicher Eingriff erwiesen“

ein Hochschulstudium zu absolvieren. Es steckt, vermute ich, noch ein bißchen von der Ideologie des 19. Jahrhunderts darin. Dadurch ist im Ausbildungssystem eine Verzerrung „zugunsten“ des Hochschulsektors hervorgerufen worden, die jetzt besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Denn man hat nicht daran gedacht, sich frühzeitig den Kopf darüber zu zerbrechen, wie der Arbeitsmarkt die Absolventen der Hochschulen aufnehmen könne, und man hat es auch unterlassen, deutlich zu machen, daß ein Studium nicht mehr den Weg zu traditionellen akademischen Berufen öffnet und nicht berufliche Erfolge garantiert, wie meine Jahrgangsgruppe sie erlebt hat, und zwar vor allem als Folge der Kriegsverluste und des großen Personalbedarfs zum Wiederaufbau und bei der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte erlebt hat. Eine solche Entwicklung konnte schon statistisch nicht mehr möglich bleiben. Wir haben versäumt, dies Erkenntnis als Aufklärung neben die Bildungswerbung zu stellen. Darin liegt so viel von der Enttäuschung begründet, in der sich jetzt viele junge Leute sehen, die ein Studium begonnen haben. Das ist ein Problem, das nicht die Studenten allein trifft, sondern über das die Eltern und Großeltern, die Onkel und Tanten ebenso reden wie die Betroffenen selbst - ein Problem, das wir in seiner nationalen Dimension m.E. noch gar nicht recht abschätzen.

„Es kann besser sein, eine Vakanz in Kauf zu nehmen, als um jeden Preis eine vakante Stelle zu besetzen“

Inzwischen hat sich einiges freilich verändert, und wir sehen, daß sich die erwahnten marktwirtschaftlichen Mechanismen wieder auszuwirken beginnen. Das ist daran ablesbar, daß die sogenannte Übergangsquote, also der Anteil der einzelnen Jahrgänge, der auf die Hochschulen geht, wieder sinkt. Ich sehe darin eine normale Anpassung, die nicht zu beklagen ist. Die jetzt Studierenden freilich gehören zu den starken Jahrgängen, und sie werden schmerzlich feststellen, daß die Erwartung, mit der sie das Studium begonnen haben, auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzt erfüllbar sein wird. Insgesamt und über längere Zeiten gesehen liegt darin eine zwar schmerzliche, aber heilsame und notwendige Korrektur, über die wir, so schwer es die einzelnen trifft, froh sein müssen. Die Veränderung im Bewußtsein und in der Einschätzung der Möglichkeiten, die man durch eine Hochschulabschließung erlangt, hat zu einer allgemeinen Nachdenklichkeit geführt; darin taucht ein Begriffspaar wieder auf: Qualität und Leistung. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse in Oldenburg sind; ich kann aber von der Universität Kiel, die ich gerade verlassen habe, sagen, daß die jetzt auf die Universität kommenden Studenten außerordentlich fleißig sind. Sie empfinden es als ganz normal, daß sie in ihrem Studium Leistungen erbringen müssen.

Das ist auch gut. Die jungen Studenten sind dabei übrigens keine Duckmäuser, wir immer wieder behauptet wird. Es wird oft von der Friedholstube in den Hochschulen gesprochen. Das ist ein fal-

sches Wort. Es herrscht eine ernüchterte, aber aktive Stille.

Meine Sorge ist es jetzt, daß wir den arbeits- und studierwilligen ernsthaften Studenten keine Ausbildung von angemessener Qualität garantieren können. Das ist nur zum Teil eine Folge der Überfüllung, die übrigens ja nicht für alle Studiengänge gilt. Die Minderung der Qualität hat auch mit der explosionsartigen Ausweitung des Lehrkörpers der Hochschulen und mit dem vorübergehenden Verlust der Orientierung an Qualität und Leistung zu tun. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Hochschulen bei dem sehr schnellen Ausbau, den sie erfahren haben, in manchen Berufungsfällen und auch in der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses Kompromisse geschlossen haben.

„Es herrscht eine ernüchterte, aber aktive Stille“

Was die Qualität des Studienangebots angeht, so kommt den Bemühungen um eine Studienreform große Bedeutung zu. Ich veranschlage die Erfolgsaussichten mit großer Nüchternheit, aber dennoch messe ich der Arbeit der Studienreformkommission hohe Wichtigkeit zu. Niedersachsen steht mit dem Eifer, solche Kommissionen einzusetzen, ziemlich an der Spitze der Bundesländer. Das hängt auch mit der Leidenschaft zusammen, mit der sich der Wissenschaftsminister dieser Aufgabe widmet. Die Kommissionen machen sich nun daran, die Studiengänge und Studienordnungen daraufhin anzusehen, ob sie vernünftige Inhalte haben. Es ist nicht so, wie es in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet wird, daß die Devise lautete, primär auf Studienverkürzungen zu drängen. Das Ziel ist die Überprüfung der Studieninhalte auf ihre Brauchbarkeit hin, damit den Studenten, die jetzt an den Hochschulen sind und die noch kommen werden, die Aussicht geboten wird, ihre Studium nach dem Abschlussexamen auch verwenden zu können, dazu gehört auch die Diskussion um eine bessere Verknüpfung von Theorie und Praxis. Das Studienangebot kann freilich nur so gut sein wie die Hochschullehrer. Daher liegt es im ursprünglichen Interesse der Hochschulen und der Studenten, daß bei der Rekrutierung von Hochschullehrern strenge Qualitätsmaßstäbe Anwendung finden. Es ist bei Berufungen auch eine Aufgabe des Ministeriums, nach besten Kräften darauf zu achten, daß der Gesichtspunkt der Qualität Vorrang behält. Der Minister muß mitunter auch Härte beweisen können

„Es kann besser sein, eine Vakanz in Kauf zu nehmen, als um jeden Preis eine vakante Stelle zu besetzen“

und eine Berufungsliste zurückgeben, wenn sie den Qualitätserwartungen nicht gerecht wird. Es kann besser sein, eine Vakanz in Kauf zu nehmen als um jeden Preis eine vakante Stelle zu besetzen. Eine Fehlentscheidung wirkt oft über 30 Jahre fort. . . Für die Gewinnung guter Hochschullehrer ist es aber auch wichtig, daß man ihnen Arbeitsbedingungen bieten kann, die sie locken. Das trifft in allererster Linie die Länder als die Träger der Hochschulen. Es trifft aber auch die Hochschulen. Drei Dinge halte ich für die Erhaltung der Qualität des Lehrkörpers für besonders wichtig: Ein Hochschullehrer muß an der Hochschule, an die er berufen werden soll, das fachliche Umfeld personell so besetzt finden, daß es ihn reizt, dort zu arbeiten. Denn er sucht ja eine wissenschaftliche Bereicherung. Insofern ist jede Berufung auch für künftige Berufungen von großer Wichtigkeit. Selbstverständlich müssen die Arbeitsbedingungen gut sein. Das heißt an wissenschaftlichen Hochschulen, daß dem neu zu berufenden Hochschullehrer gute Möglichkeiten zur Forschung winken müssen. Er wird ja nicht an der Zahl der Studenten in seinen Vorlesungen gemessen, sondern an seiner wissenschaftlichen Leistung. Und die Maßstäbe sind dafür keine lokalen, sondern internationale. . .

Zu den Arbeitsmöglichkeiten gehört auch die Freistellung der Hochschullehrer von unnotigen und zum Teil gar unnötigen Belastungen außerhalb der Lehre, Forschung und Dienstleistungen. Der Hochschullehrer muß in der Hochschule Organisationsformen vorfinden, in denen er persönliche Verantwortung tragen kann.

Nach meinen Beobachtungen ist es die Regel, daß der qualifizierte Wissenschaftler in seinem Fach und in der Organisation, in der er wissenschaftlich tätig ist, Verantwortung auf sich nehmen will. Dazu muß man ihm Gelegenheit geben. Hier muß ich nun noch einmal auf die Gruppenuniversität zu sprechen kommen. Ich habe den Eindruck, daß wir damit unseren Hochschulen ein falsches Gewand gegeben haben. Man hat argumentiert, daß die Gruppenuniversität unter Aspekten der Mitbestimmung ein gerechtes System sei. Der Aspekt der Mitbestimmung ist ein ganz anderer als der der Optimierung der Leistung in Forschung, Lehre und Dienstleistung. Wir haben auch behauptet, die Gruppenuniversität sei das geeignete Instrument, um in den Hochschulen wieder Konsens herzustellen. Meine eigene Erfahrung geht dahin, daß in wirklich entscheidenden Fragen Polarisierung eingetreten ist. Die etwas absonderliche Folge dessen ist, daß dann die Autonomie der Hochschule durch den Oktroj gemindert wird, mit dem der Staat im Wege der Rechtsaufsicht tätig werden muß.

„Organisationsruhe heißt auch, daß man die Hochschulen für eine Weile mit weiteren Reformversuchen verschont“

Ich folgere aus der Kritik an der Gruppenuniversität nicht, daß dieser Zustand jetzt geändert werden sollte, denn ich finde es für die Hochschulen wichtiger, daß für sie endlich eine Phase der Organisationsruhe eintritt. Dieses ist ein Appell sowohl an die Hochschulen wie an die Ministerien und die Parlamente. Die Neigung ist ja nach wie vor groß, zu verändern und immer neue rechtliche Bestimmungen zu schaffen. Organisationsruhe heißt auch, daß man die Hochschulen für eine Weile mit weiteren Reformversuchen verschont. Ich denke dabei vor allem an den Vorschlag - der mir nie gefallen hat -, an wissenschaftlichen Hochschulen Kurzstudiengänge einzuführen.

Insgesamt beurteile ich die Chancen unserer Hochschulen mit verhaltenem Optimismus. Mit Sorge sehe ich allerdings einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage entgegen. Das wird die neuen Hochschulen ungleich schwerer treffen als die alten, die im Bestand natürlich weitgehend gesichert sind. Die alten Hochschulen werden sich aber möglicherweise mit der Forderung auseinandersetzen müssen, sich Abstriche gefallen zu lassen. Wenn die Lage der öffentlichen Haushalte schlecht bleibt, wenn die Landesfinanzen sanier werden sollen, dann wird das zur Folge haben, daß man Neues nur um den Preis der Einsparung beim Alten beginnen kann. Das ist ein Thema, das sich keiner Beliebtheit erfreuen, das sich aber aus der Wissenschafts- und Hochschulpolitik nicht verbannen lassen wird. Auch Niedersachsen kann seine neuen Hochschulen nicht als Torso stehen lassen. Man kann darüber reden, in welchem Umfang sie ausgebaut werden; sie werden auch Abstriche in Kauf nehmen müssen. Der Ausbau muß aber so abgerundet bleiben, daß auch die neuen Hochschulen künftig aussichtsreich um Studienbewerber und Hochschullehrer konkurrieren können. Das heißt, daß sie personell ausreichend ausgestattet werden müssen und daß ihr Lehrangebot gut und hinreichend differenziert sein muß. Bei bereits vollzogenen Hochschulneugründungen gilt es nur den Weg nach vorne.

Einen Aspekt möchte ich gerne noch, auch in Referenz vor Oldenburg, ansprechen. Das ist die hier sehr deutlich gesichene Aufgabe der Hochschulen auf dem Gebiet der Weiterbildung und des Kontaktstudiums - eine Aufgabe, deren sich auch die alten Hochschulen, und zwar Fachhochschulen wie wissenschaftliche Hochschulen, mit Schnelligkeit und Ernsthaftigkeit annehmen müssen. Ich betone das nicht deshalb, weil die Hochschulen so die Möglichkeit erlangen könnten, in Zeiten geringer Studienplatznachfrage ihre Nutzlichkeit unter Beweis zu stellen, sondern weil in der Bevölkerung ein Bedarf für Weiterbildung wächst. Es kommt hinzu, daß in den nächsten Jahren viele Hochschulabsolventen keinen Beruf werden ausüben können, der ihrem Studium entspricht. Dadurch wird ein großer Bedarf für weiterführende und ergänzende Studienangebot entstehen. Ich weiß, daß die Universität Oldenburg dieses Thema ernst nimmt.

„So sehen wir uns in der schönen Position dessen, der die Interessen der Region gegen andere verteidigen darf“

Studienanfängern besteht. (Glaubten wir uns bis vor kurzem noch in einer Art sachlicher Gegnerschaft zu dieser Region, so sehen wir uns nun in der schönen Position dessen, der die Interessen der Region gegen andere verteidigen darf. Wir werden versuchen, dieser Rolle gerecht zu werden.) In meinem Thema ist zwar von Universitäten die Rede, aber ich werde im weiteren Verlauf immer wieder von den Hochschulen sprechen müssen, denn es ist der ganze sogenannte tertiäre Bereich anzusprechen. Ich will ganz stichwortartig noch einmal kurz die Entwicklung umreißen, die zu der jetzigen Lage geführt hat. Die Hochschulen haben ja in den vergangenen Jahren aufregende und Aufsehen erregende Veränderungen erfahren. Das vorherrschende Element in der Diskussion um die Hochschulen war die Forderung nach Öffnung der Hochschulen für größere Anteile der jeweiligen Jahrgänge. Das hat in der Verbindung mit einer planmäßigen Bildungswerbung dazu geführt, daß innerhalb von 25 Jahren die Anteile derer an den Jahrgängen, die zum Studium kommen, von etwa 5 auf über 20% gestiegen ist - dieses verbunden mit einem starken Anstiegen auch der absoluten Zahlen der Jahrgänge. Das ist ein Teil der Ursache der jetzigen Zulassungsbeschränkungen. Hand in Hand mit der Öffnung der Hochschulen und der Bildungswerbung ging der Ausbau der sozialen Förderung der Studenten, die 1957 mit der Einführung des sogenannten „Honnetter-Modells“ einer hochschulrechtlichen Studientförderung begann. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG - ist jetzt das Stichwort, das es zu nennen gilt. Es bezeichnet ein Programm, für das inzwischen jährlich Milliardenbeträge aufgewandt werden. Die Zunahme der Studentenzahlen war ein Grund für den Ausbau der Hochschulen, andere Gründe waren die zunehmende Wissenschaftsgläubigkeit und die gleichfalls zunehmende Abhängigkeit von Wissenschaft. Ein besonders wichtiges Element des Ausbaus war die Vergrößerung der Hochschullehrerschaft, für die der Wissenschaftsrat in den 60er Jahren eine Art Billiglösung erfunden hatte,

„Abschluß inhaltlich gleichwertig“

Der Niedersächsische Kultusminister hatte alle Kultusminister und -senatoren der Länder aufgefordert, die Absolventen der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB), die sich außerhalb Niedersachsens um eine Anstellung bemühen, ebenso zu berücksichtigen wie zweiphasig ausgebildete Bewerber. In dem von Staatssekretär Schade unterzeichneten Schreiben heißt es dazu, die staatliche Prüfung, durch die die ELAB abgeschlossen werde, sei „der für die entsprechende Lehrerausbildung in der zweiphasigen Ausbildung eingerichteten ersten und zweiten staatlichen Prüfung inhaltlich gleichwertig“. ELAB-Absolventen erfüllten auch die durch das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Neufassung vom 3. Januar 1977 (Bundesgesetzblatt I, S. 21) festgelegten Anstellungsvoraussetzungen.

GraföG-Stipendien

Bis zum 1. November können sich Hochschulangehörige, die promovieren wollen oder ein weiteres Studium anstreben, in dem sie sich an der Forschung beteiligen können, um ein Stipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz bewerben. Insgesamt stehen vier Stipendien zur Verfügung. Antragsformulare und nähere Auskünfte sind bei Ilona Neuhäus (Raum A 209) erhältlich.

Quasi-Abschaffung der Regelstudienzeit

Nach einer Meldung des regierungsnahen Informationsdienstes „rundblick“ wird das Landeskabinett wahrscheinlich seine Zustimmung zu der Initiative im Bundesrat geben, die aus dem Hochschulrahmengesetz die Zwangsexmatrikulation beim Überschreiten der Regelstudienzeiten streichen will. Das CSU-Land Bayern will diesen Vorschlag der Nord-Länder nicht unterstützen.

Fall Gross:

Proteste aus dem Ausland häufen sich

„Weltförderung der Wissenschaftler“ fordert Einstellung des Mathematikers

Die internationalen Proteste gegen die Nichteinstellung des Mathematikers Dr. Horst Eckart Gross als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Oldenburg häufen sich. In persönlichen Schreiben haben sich nicht nur Wissenschaftler aus dem westlichen Ausland und die American Mathematical Society, die größte Mathematikerorganisation der Welt, an Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel gewandt (uni-info 10/79), sondern nun auch die Weltförderung der Wissenschaftler.

In einem Brief hat deren Präsident Professor Dr. Bushop, den Fall Gross noch einmal zu überprüfen mit dem Ziel, den „begabten und hochqualifizierten Wissenschaftler“ einzustellen. In diesem Zusammenhang erklärte Bushop, er frage sich manchmal bei der Lektüre über Berufsverbotsfälle in der Bundesrepublik, ob der Wissenschaftsminister noch empfänglich sei für die schmerzlichen Eindrücke, die diese Politik bei einer aufgeklärten Öffentlichkeit in anderen Ländern hinterlasse, die sich immer noch an Carl von Ossietzky und die Hintergründe seines Lebens und Sterbens erinnere. Die Weltförderung der Wissenschaftler mit Sitz in London vertritt nach eigenen Angaben 400.000 Wissenschaftler aus 33 Ländern. Sie wurde 1946 mit der Zielsetzung gegrün-

Bestandsaufnahme über Forschung an der Uni

Erhebung durch Forschungsstrukturkommission

Der Senat hat die Lehrenden der Universität Oldenburg gebeten, möglichst rasch die Anfang Juli ausgeteilten Fragebögen zur Erhebung der Forschungsaktivitäten an der Universität Oldenburg auszufüllen. Diese Erhebung steht im Zusammenhang mit einer „Bestandsaufnahme über die Forschungslandschaft in Niedersachsen einschließlich der Hochschulen“, die derzeit von der 1978 vom Wissenschaftsminister eingerichteten Forschungsstrukturkommission durchgeführt wird.

Der ministerielle Auftrag an die Forschungsstrukturkommission lautet, einen Strukturplan zur Förderung der institutionalisierten Forschung aufzustellen, mit Hilfe dessen ein schwerpunktmäßiger Einsatz der Mittel des Niedersächsischen Vorabs der Stiftung Volkswagenwerk (1979: ca. 25 Mio Mark) ermöglicht werden soll; der Landesregierung sollen bis März 1980 „Kriterien für eine wünschbare Forschungsstruktur“ sowie „Empfehlungen für konkrete Projekte“ vorgelegt werden. Minister und Kommission beabsichtigen, wesentliche Teile der Forschung in einigen neu zu schaffenden Instituten zu konzentrieren. Interessant ist die Festlegung der Standorte dieser Institute, die voraussichtlich im Bereich der voll ausgebauten Hochschulen liegen werden, was eine weitere Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles in Niedersachsen und eine nochmalige Benachteiligung der Neugründungen zur Folge haben wird. Der Senat forderte daher, daß die Universität Oldenburg „mit Nachdruck auf die Berücksichtigung ihrer Interessen bestehen“ müsse. Eine Auswertung der Fragebögen wird in Zusammenarbeit von Verwaltung und Studienkommissionen auf der Basis von Fächern erfolgen. Die Ergebnisse der Auswertung werden dann den Fachbereichen zur Stellungnahme vorgelegt und in dieser Form an die Forschungsstrukturkommission weitergeleitet werden. Damit ist sichergestellt, daß die von den Lehrenden ausgefüllten Frage-

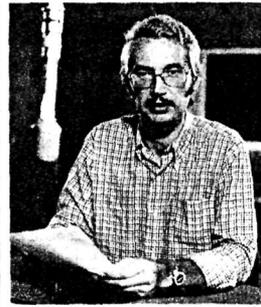
bögen in der Universität verbleiben. Ziel der hochschulinternen Auswertung ist es, die wichtigsten Arbeits- und Forschungsschwerpunkte und geplanten künftigen Schwerpunkte darzustellen und in die Planungen der Forschungsstrukturkommission einzubringen. jb

Biowissenschaftliche Sonderausbildung

Jüngeren deutschen Nachwuchswissenschaftlern bietet das Fogarty International Center der amerikanischen National Institutes of Health im Stipendienjahr 1980/81 wieder die Möglichkeit zu einer biowissenschaftlichen Sonderausbildung in den USA. Die Stipendien werden mit einer Laufzeit von mindestens sechs und höchstens zwölf Monaten für einen Forschungsaufenthalt an einem amerikanischen Institut freier Wahl vergeben. Informationen erteilt das Referat wissenschaftliche Auslandsbeziehungen WA 3 (Frank Grünhagen) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2.

178.000 DM für Erforschung von Biomasseverwertung

Die von Chemieprofessor Dr. Peter Köll und Dr. Jürgen Metzger untersuchte Methode zur Biomasseverwertung (siehe auch uni-info 6/79) wird vom Land Niedersachsen aus besonderen Forschungsförderungsmitteln („Lotto-Mittel“) mit 178.000 DM unterstützt. Der Interministerielle Ausschuss vergab den Betrag an das Forschungsvorhaben „Abbau von organischen Polymeren in überkritischen Lösungsmitteln im Hinblick auf die Gewinnung von Rohstoffen für die Energieerzeugung und die organische Synthese“. Die Förderungsdauer beträgt 2 Jahre. Neben Personalkosten sind 65.000 DM für Sachmittel ausgewiesen.



Hermann Vinke, NDR-Redakteur und Ossietzky-Biograph, über die Weigerung der Bezirksregierung, die Aufstellung einer Informationstafel am ehemaligen KZ-Esterwegen zu genehmigen

Im Umgang mit dem Dritten Reich und der nationalsozialistischen Vergangenheit wird selbst das Undenkbare immer wieder Wirklichkeit. Ein kleiner Kreis von Leuten beschäftigt sich im vergangenen Jahr in Papenburg mit Carl von Ossietzky und den Geschehnissen in den Emsland-Lagern. Die Gruppe kam bald zu der Überzeugung, daß es nicht genügt, mehr über den mutigen Widerstandskämpfer und Friedensnobelpreisträger von 1935 zu wissen, sondern daß man auch etwas tun muß. Also entstand der Carl-von-Ossietzky-Arbeitskreis, dem ich auch angehöre. Er setzte sich einige bescheidene Ziele: die Herstellung einer Emsland-Karte, auf der die ehemaligen Lager und Lagerfriedhöfe verzeichnet sind.

Die Herausgabe einer Broschüre mit Dokumenten und anderen Informationen über die Lager und das Aufstellen einer Informationstafel auf dem Lagerfriedhof in Bockhorst/Esterwegen am Küstenkanal.

Diese Informationstafel wurde anlässlich der DGB-Kundgebung „Nie wieder Krieg“ am 1. September auf dem Friedhof aufgestellt, und zwar gegen den ausdrücklichen Willen der Bezirksregierung Weser-Ems in Oldenburg. Die für das Aufstellen einer solchen Tafel erforderliche Genehmigung hatte der Arbeitskreis schon Anfang März beantragt. Nach mehrmaligem Anmahnen kam schließlich Ende Juli die ablehnende Antwort. Der zuständige Beamte entschuldigte in seinem Schreiben an den Arbeitskreis die Verzögerung mit dem Hinweis, er habe „Nachforschungen“ anstellen müssen.

Das Ergebnis der fünfmonatigen Nachforschungen ist beeindruckend: „Aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen und nach Befragung sachkundiger Personen muß ich feststellen, daß auf dem Friedhof in Bockhorst/Esterwegen keineswegs Tausende von Toten der ehemaligen Lager im Emsland beigesetzt wurden. Das Lager Esterwegen war seit 1936 auch kein Konzentrationslager mehr, sondern ein echtes Strafgefängnislager, in dem Strafgefangene untergebracht waren, die durch ordentliche Gerichte nach den bestehenden Gesetzen verurteilt worden waren.“

Einer dieser „Strafgefangenen“ meldete sich nach der DGB-Kundgebung bei mir, um sich als Zeuge dafür zur Verfügung zu stellen, die Bezirksregierung der Lüge zu überführen. Es gibt nicht nur diesen einen Zeugen. Wer Dokumente über die Emsland-Lager auch nur flüchtig durchblättern kann feststellen, welche Anmaßung und Unverfrorenheit hinter der Behauptung der Bezirksregierung steckt. Noch am 1. September 1943 - um ein Beispiel für das Wirken „ordentlicher Gerichte“ im Dritten Reich zu nennen - saß in der Marienschule in Papenburg der zweite Senat des berüchtigten Volksgerichtshofes unter dem Vorsitz seines fanatischen Präsidenten Freisler über 40 Inassen des Konzentrationslagers Esterwegen zu Gericht, darunter der Präsident des belgischen Blindenhilfswerkes, der Franziskanerpater Angelo van den Bosch. Neun der Angeklagten wurden „nach den bestehenden Gesetzen“ zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden am 18. Oktober 1943 in Dortmund vollstreckt. Esterwegen ein echtes Strafgefängnislager, in dem Strafgefangene

untergebracht waren, die durch ordentliche Gerichte nach den bestehenden Gesetzen verurteilt worden waren?“ - „Das Schlimmste ist“, sagte dieser Tage der 68jährige Renner Josef Pröll, daß man sich heute dafür entschuldigen muß, daß man im Dritten Reich gegen den Faschismus Widerstand geleistet hat und dafür ins Konzentrationslager eingesperrt worden ist: Da gilt man fast schon als Verbrecher.“ Das sagte Josef Pröll, nachdem ihm die Schulleitung des Gymnasiums Königsbrunn bei Schule untersagt hatte, in der Schule über Erlebnisse und Erfahrungen aus dem Widerstand und während seiner neun Jahre KZ zu berichten. Die Bezirksregierung Weser-Ems geht noch ein Stück weiter. Sie stempelt Widerstandskämpfer und Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft nicht nur als Verbrecher ab, sondern nimmt auch noch eine feinsinnige Sortierung vor. Sie versucht, die politischen von den kriminellen Häftlingen zu trennen. In dem Brief an den Arbeitskreis räumt die Behörde ein, daß „einige Tote, die zu den politisch Verfolgten hätten gezählt werden müssen, übersehen worden sind“; gleichzeitig behauptet sie: „Die Zahl der hier ruhenden Toten beträgt insgesamt 1.317.“

1.317 Tote ruhen auf dem Lagerfriedhof - so exakt hat das bisher noch niemand festgestellt, auch gar nicht feststellen können.

Das zum Friedhof gehörende Gräberverzeichnis ist nämlich in den Wirren der Nachkriegsjahre verloren gegangen. Außerdem hat der Beamte der Bezirksregierung makabrerweise ein Massengrab übersehen, das am Ende des Friedhofes liegt, wo eine unbekannt Zahl von Toten einfach verscharrt wurde. Die fünfmonatigen Recherchen der Bezirksregierung - da bin ich ganz sicher - haben sich auf einen Blick in die Akten beschränkt. Der zuständige Beamte hat einfach abgeschriebe, was seit 15 Jahren die offizielle Lesart ist - die Richtschnur des amtlichen Tatschweigen. Statt nachzuforschen und für Aufklärung zu sorgen, damit junge Menschen von heute und künftige Generationen Bescheid wissen, wird abgezählt und abgezirkelt und natürlich immer mit demselben Ergebnis: Die absolute Mehrheit der Toten waren Kriminelle. Es könnten vielleicht auch ein paar Politische darunter sein.

Diese Form der Auseinandersetzung um den Lagerfriedhof dauert nunmehr seit 15 Jahren. Nichts ist in dieser Zeit von dem in die behördlichen Akten eingegangen, was an Dokumenten, Zeugenaussagen und sonstigen Fakten zusammengetragen worden ist. Das Material lag und liegt noch immer auf der Straße. Aber an den Fakten, an dem wirklichen Geschehen in den Lagern sind die Behörden nicht interessiert. Oder doch? Es stünde der Bezirksregierung Weser-Ems gut an, ihren Brief vom 31. Juli 1979 in aller Form zurückzuziehen und sich öffentlich dafür zu entschuldigen. Außerdem sollte die Carl-von-Ossietzky-Universität zuziger als bisher an die Erforschung der Geschichte der Emsland-Lager herangehen, damit das Wissen über dieses Kapitel nationalsozialistischer Vergangenheit nicht weiterhin auf einige wenige beschränkt bleibt. Denn das Verbreiten von haarsträubenden Unwahrheiten über die Lager ist nur deshalb möglich, weil eben nur wenige bislang Bescheid wissen.

Bundesrepublik liegt bei Bildungsvergleich gut im Rennen

Eine vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft durchgeführte Untersuchung zur Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich hat für das Jahr 1977 ergeben, daß die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der betrachteten europäischen Länder eine herausgehobene Rangstellung einnimmt. Nach Angaben des BMBW liegt z.B. die Quote der Schüler im Sekundarbereich II (also in der Regel über 15-Jährigen) in der Bundesrepublik Deutschland 1977 bei annähernd 90 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung ausmachen. Dabei sei berücksichtigt, daß das duale, auf Schule und Ausbildungsbetrieb verteilte Ausbildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland der vollschulischen Ausbildung anderer europäischer Länder weitgehend entspricht. Die Hochschulstudenten (einschließlich der Fachhochschüler) machten im gleichen Jahr 1977 in der Bundesrepublik 18 Prozent an der gleichaltrigen Bevölkerung aus. Das sei eine Beteiligungsquote, die ebenfalls über dem entsprechenden Anteil in Frankreich (16 Prozent), in Großbritannien (9 Prozent) oder in den Niederlanden und Belgien (je 16 Prozent) liege, während Italien mit 18 Prozent einen gleich hohen und Schweden mit 20 Prozent einen etwas höheren Prozentsatz aufweisen. Ergänzend dazu läßt sich laut Presseerklärung des BMBW anhand der Datensammlung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft auch ein Bild der vergleichbaren finanziellen Leistungen der Mitgliedsländer für die Bildung

zeichnen. Danach lag z.B. der Anteil der öffentlichen Ausgaben für das letzte untersuchte Jahr 1975 mit 5,38 Prozent des Sozialprodukts für die Bundesrepublik Deutschland zwar etwas unter dem Durchschnitt der anderen Mitgliedsländer (5,56 Prozent); unter Einschluß der geschätzten Aufwendungen der Ausbildungsbetriebe sowie der bildungsrelevanten Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit würde sich dagegen eine vergleichbare Anteilsquote der Bundesrepublik Deutschland von annähernd sieben Prozent des Sozialprodukts und damit eine überdurchschnittliche Quote ergeben. Noch deutlicher tritt der Leistungsvorsprung der Bundesrepublik Deutschland bei einem Vergleich der Ausgaben je Schüler bzw. je Student in Erscheinung. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der EG liegt die Pro-Kopf-Quote allein für die öffentlichen Bildungsausgaben in der Bundesrepublik mit 294,1 Europäischen Rechnungseinheiten (ERE) erheblich über dem europäischen Durchschnitt von 234,8 ERE.

Neue Broschüre „Materialien zur Studienreform“

Weitere Informationen zur Durchführung der Studienreform im Land Niedersachsen hat der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Eduard Pestel, in einer 99-seitigen Broschüre zusammengefaßt, die mit dem Titel „Materialien zur Studienreform - Studienreform im Spannungsfeld zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem“ im Juli herausgegeben worden ist.

Bildungsurlaub für Uni-Mitarbeiter

Die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ und die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung bieten für das nichtwissenschaftliche Personal der Universität einen Bildungsurlaub zum Thema „Die soziale und politische Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ an. Der Kurs ist vom 1. bis 5. Oktober in Reethorn und wird von Professor Dr. Gerhard Kraiker (Fachbereich III) und der Personalratsvorsitzenden Gudrun Buchholz geleitet. Anmeldungen werden bei „Arbeit und Leben“, Kaiserstraße 4-6, 2900 Oldenburg (Tel. 16536) entgegengenommen. Die Kontaktstelle weist darauf hin, daß der Bildungsurlaub für die Arbeitnehmer in Niedersachsen ein gesetzlich verankertes Recht ist. In der angebotenen Veranstaltung sollen besonders die Situation am Arbeitsplatz Universität, die soziale Lage der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und die Eigenart des Staates als Arbeitgeber geklärt und diskutiert werden.

BMBW: 42,2 % für Josus und RCDS

Nach einer Mitteilung des Wissenschaftsministeriums haben jene Studentenverbände, die den im deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahestehen, ihre Position in den Studentenparlamenten der Hochschulen erheblich verstärken können. Nach Angaben des Ministeriums vereinigen die Hochschulgruppen der Jungsozialisten und des RCDS jetzt 41,2 Prozent der Mandate auf sich. Einbußen erlitten demgegenüber, wie es in der Mitteilung des Ministeriums heißt, „der der DKP nahestehende Marxistische Studentebund Spartakus und der Sozialistische Hochschulbund“. Der Sitzanteil dieser in der Regel koalierenden Verbände sank im Zeitraum vom Sommersemester 1976 bis zum Wintersemester 1978/79 auf knapp 15 Prozent. Laut Analyse des Ministeriums habe sich die verschiedentlich festgestellte Behauptung, eine niedrige Wahlbeteiligung komme den linksstehenden Studenten zugute, als falsch erwiesen.

Zitat

„Kann es sein, daß Sie etwas über die Universitäten von mir hören wollen? Das kann ich einfach nicht glauben! Wo immer ich in meiner nun schon zweijährigen Amtszeit als Hochschulminister auf vernünftige Mitmenschen getroffen bin - wie z.B. hier heute wieder -, wollte man davon nichts hören. Im übrigen können Sie hier in Vechta zufrieden sein, sogar sehr zufrieden, wenn Sie bedenken, daß Sie hier diese Hochschule in Ihren Mauern haben und nicht etwa eine andere, sehr viel größere und anders geardete Hochschule des Oldenburger Landes“. Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel am 20. August auf dem Stoppelmarkt - Frühschoppen in Vechta.

Personalien

Silvia Diebner wurde als technische Assistentin in der ZETWA eingestellt.

Dr. Aage Hansen-Löve, bisher Universitätsassistent an der Universität Wien, wurde mit der Verwaltung der Stelle „Didaktik der russischen Sprache und Literatur“ beauftragt.

Ausschreibungen

Fachbereich IV. Mathematik/Naturwissenschaften. a) Wiss. Ass. für Theoretische Physik. Kennziffer: IV 48(50)/79-A 13. b) Wiss. Ass. für Kohärenzoptik. Kennziffer: IV 49(50) 79-A 13. c) Wiss. Ass. für Angewandte Physik. Kennziffer: IV 50(50)79 - A 13. d) Wiss. Angest. für Experimentalphysik. Kennziffer: IV - 2(20) - II a. e) Wiss. Angest. für theoretische Physik. Kennziffer: IV 3(20)-II a. Voraussetzung für die Besetzung der o.a. Stellen: für a) die Promotion, für a) bis e) der Nachweis einer einschlägigen abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulausbildung. Bewerbungen bis zum 21. September an den Präsidenten.

Fachbereich IV. Mathematik/Naturwissenschaften. a) Wiss. Angest. für Organische Chemie. Kennziffer: IV - S 289/74 - A 13. Verg.-Gruppe IIa. b) Wiss. Angest. für Anorganische Chemie. Kennziffer: IV - 30(50)/79-II a. Verg.-Gruppe II a. Bewerbungen bis zum 1.10.79 an den Präsidenten.

Fachbereich IV. Mathematik/Naturwissenschaften. Professor für Anorganische Chemie (Bes.-Gr. C 3). Kennziffer: IV/69-03. Bewerbungen bis zum 21. September an den Präsidenten.

Fachbereich I. Erziehung und Sozialisation. Wiss. Angest. für Experimentelle Methoden der Psychologie. Kennziffer I-361-37-A 13. Bewerbungen bis zum 15. 9. an den Präsidenten.

Projekt „Entwicklung und Erprobung eines Weiterbildungsangebots für Arbeiterinnen und Landfrauen im ländlichen Raum“. 1 wissenschaftl. Hilfskraft. Bewerbungen bis zum 21. 9. 79 an die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung - Frau-enprojekt.

Notversorgung im neuen Mensaanbau

Seit Anfang September besteht wieder für alle Hochschulangehörigen die Möglichkeit, in der Universität das Mittagessen einzunehmen. Es wird von der Fachhochschule geliefert und in dem neuen Mensaanbau ausgegeben. Allerdings muß es wöchentlich vorbestellt werden. Die Marken werden datiert. Zusätzliche Anmeldungen für die tägliche Essensausgabe können im geringen Umfang bis spätestens 10 Uhr entgegengenommen werden.

AUTOHAUS Büchner V.A.G.
Gebrauchtwagen
Alle Fabrikate
Große Auswahl. Und nicht teuer.
31081
Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstr. 81 · 29 Oldenburg · Tel. 04 41 72 29 20 · Fax 04 41 72 29 14
Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
Schnelldruck-Service
zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück **DM 2,30**
Auflage 100 Stück **DM 5,50**
Auflage 500 Stück **DM 20,70**
Auflage 1000 Stück **DM 34,-**
Auflage 2000 Stück **DM 60,-**

JEANS
VON
Horten
Levis · Wrangler · Pioneer · Lois · Sattler

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG
WALLSTR. · HERBARTGANG · LANGE STR. · KURWICKSTR.

Bevor wir Brillen anpassen, passen wir erst einmal auf. Denn die Erfüllung individueller Kundenwünsche ist unser oberstes Gebot.
Optiker Schulz
für besseres Sehen und Hören
Achterstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher
Berichte und
Examensarbeiten
Examensarbeiten-
schnelldienst
Innerhalb 2 Stunden
Jochen Henckus
Bibliotheksbuchhandlung
Edewechter Landstraße 50
Telefon 50 23 97

SPANHAKE
aktuell
In · basteln · basteln · basteln
AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!
Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir ganz persönliches Hobby auszusuchen.
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.
Spanhake, Oldenburg
Lange Straße 48
oldenburg - lange str.

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 252 88

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 7 10 01

Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.
OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG